

Der so genannte „Bildungsgipfel“, zu dem Bundeskanzlerin Merkel die Ministerpräsidenten der Länder am 22. Oktober nach Dresden geladen hatte, hat sich als tiefes Loch erwiesen. Auf einer großen Show mit vielen Fototerminen wurde verkündet, dass die Bildungsausgaben massiv aufgestockt werden sollen – zusammen mit Forschung auf 10% des Bruttoinlandsprodukts. Wo das Geld herkommen soll, wurde allerdings offen gelassen: Damit soll sich eine Strategieguppe bis Ende Oktober 2009 auseinandersetzen (das gibt zufälligerweise Aufschub bis nach der Bundestagswahl) – und dies, obwohl man sich schon seit Monaten auf diesen Gipfel vorbereitet hatte. Zudem wurde schriftlich festgehalten, dass der Bund den Finanzierungserwartungen der Länder „widerspricht“. Wohlweislich wurde es vermieden, einen konkreten Euro-Betrag zu nennen – und der Zieltermin auf 2015 festgelegt.

Es wurde auch verkündet, dass die Zahl der Schulabbrecher und der Menschen ohne Berufsausbildung halbiert werde (ebenfalls in sieben Jahren, bis dahin ist das vergessen). Allein, es blieb völlig unklar, wie solch hehre Ziele denn erreicht werden können. Insgesamt wurde ein Dokument von beachtlichen 14 Seiten produziert, das Leitsätze, Ziele und Maßnahmen der „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“ beschreibt. Wer sich die Mühe macht, darin nachzulesen, wird vieles Altbekannte finden (was an einigen Stellen dankenswerterweise durch Formulierungen wie „haben bereits vereinbart“ oder „setzen um, was sie ... zugesagt haben“ unterstrichen wird). Darüber hinaus werden viele Wünsche und Unverbindlichkeiten formuliert.

Bitterlich enttäuscht wurde, wer die hohen Erwartungen ernst genommen hatte, die Frau Merkel durch das Ausrufen der „Bildungs-



Ludger Wößmann

Bildungsschlagloch

republik Deutschland“ geschürt hatte. Das war im Juni, als sie auf der Festveranstaltung zum 60. Jahrestag der Sozialen Marktwirtschaft erklärte, Ludwig Erhards Motto müsse heute weiter gefasst werden: „Wohlstand für alle heißt heute Bildung für alle.“ Damit die Menschen sich nicht von der Sozialen Marktwirtschaft abwenden, müssten alle an den Chancen der durch die Globalisierung veränderten Welt teilhaben können. Deshalb erwarten die Menschen, „dass unser Bildungssystem jedem die Chance auf Einstieg und Aufstieg ermöglicht.“

Frau Merkels Einschätzung ist vollkommen zuzustimmen. Eine erfolgreiche Bildungspolitik, die allen Kindern gute Startchancen für einen erfolgreichen Lebensweg bietet, ist der zentrale – und in der Ordnungspolitik sträflich vernachlässigte – Bestandteil einer menschenwürdigen und freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Nur leider gibt es kaum ein anderes Land, in dem die Bildungsleistungen so stark vom familiären Hintergrund der Schüler abhängen wie in Deutschland: Mit der Chance auf Aufstieg durch Bildung steht es gerade im Ursprungsland der Sozialen Marktwirtschaft schlecht.

Auch gesamtwirtschaftlich wäre der Einsatz für gute Bildung in der Tat einen echten Gipfel wert:

Nach einer soeben im Journal of Economic Literature veröffentlichten Studie würde das langfristige volkswirtschaftliche Wachstum um jährlich 0,5-0,8 Prozentpunkte steigen, wenn wir aus dem PISA-Mittelfeld zu den Spitzenreitern aufschließen. Zum Vergleich: In den vergangenen zehn Jahren wuchs die deutsche Wirtschaft insgesamt nur um durchschnittlich 1,2%. Natürlich würde es einige Zeit dauern, bis die Kompetenzverbesserungen überhaupt am Arbeitsmarkt ankämen. Gleichwohl würde eine solche Bildungsreform, selbst wenn sie zehn Jahre zur Umsetzung bräuchte, in 30 Jahren das Bruttoinlandsprodukt so sehr erhöht haben, dass allein aus der Erhöhung das gesamte Bildungsbudget unserer Republik bezahlt werden könnte. Und die wirklich großen Effekte setzen dann erst richtig ein.

Deshalb ist es ein Armutszeugnis, wie das Thema Bildung von unseren Politikern für (regional-)politische Ränkespielchen und Profilier-Süchteleien missbraucht wird. Von Politikern, die ernsthaft am Wohl unserer Kinder interessiert wären, könnte man erwarten, dass sie auf die Fakten schauen und echte Lösungsmöglichkeiten für die bestehenden Probleme suchen – wie den Ausbau frühkindlicher Bildung, bundeseinheitliche Prüfungen, selbständigere Schulen, finanzielle Gleichstellung der Schulen in freier Trägerschaft und längeres gemeinsames Lernen. Dabei müsste so mancher auch einmal über den eigenen Schatten springen – denn die Fakten belegen, dass die Ideologen jeglicher parteipolitischer Couleur in so mancher Hinsicht falsch liegen. Stattdessen wird der „Gipfel“ zum Schlagloch.

Ludger Wößmann ist Professor für Bildungsökonomik an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Bereichsleiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung